

Abschaffung § 218 StGB

Als Mitglied im Bündnis für Sexuelle Selbstbestimmung und vor dem Hintergrund der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt, die sich seit Gründung für reproduktive Rechte einsetzt und tagtäglich in ihren Schwangerschaftsberatungsstellen Frauen in ihrer selbstbestimmten Familienplanung unterstützt, **setzt sich die Arbeiterwohlfahrt am Niederrhein nachdrücklich für die Streichung des § 218 StGB ein** und fordert

- die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des § 218 StGB vorzulegen,
- die Landesregierung auf, sich über eine Bundesratsinitiative für die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch einzusetzen,
- das Land NRW auf, in einem Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz den umfassenden Rechtsanspruch auf Schwangeren-, Familienplanungs- und Sexualberatung sowie auf sexuelle Bildung beizubehalten und finanziell abzusichern und
- bei den Angeboten der medizinischen Versorgung und der umfassenden Beratung die besonderen Bedarfe von Frauen mit Behinderung zu berücksichtigen, z.B. Gebärdensprache, einfache Sprache, Dolmetschung, geeignete Untersuchungsmethoden.